

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller\*in: KV Gelsenkirchen  
Beschlussdatum: 25.04.2017

## **Änderungsantrag zu UK-UN-01**

### **Von Zeile 61 bis 62:**

ihrer Untätigkeit zu verantworten hat. Zum Schutz der Menschen wollen wir eine blaue Plakette einführen. ~~Nur so kann es gelingen, die Luft in unseren Städten sauber zu bekommen.~~

Wir streben an, dass bis 2025 im Durchschnitt in deutschen Städten mindestens 50% der Beförderungsleistung mit dem ÖPNV oder per Fahrrad bewältigt werden.

Nur so kann es gelingen, die Luft in unseren Städten sauber zu bekommen.

## **Begründung**

Im Verkehrsbereich fehlt bisher im Programm eine klare Zielvorgabe, die auch Widerspruch hervorruft und neue Diskurse und neue Bilder im Kopf provoziert. Wenn wir Angst vor den Widerständen haben, die solche Ziele hervorrufen, können wir gleich einpacken. Darum mit Mut in die Zukunft! Für eine wirkliche Verkehrswende, die nicht nur den Antrieb der Auto ändert, sondern eine bessere und ökologisch nachhaltige Mobilität schafft. Denn auch das Elektroauto verbraucht viel knappen Platz in der Stadt, produziert beim Bremsen und Rollen Feinstaub - und bei höheren Geschwindigkeiten auch Lärm.

50% Beförderungsleistung mit ÖPNV und Fahrrad sind ein Wert, den Städte wie Münster heute schon annähernd erreichen (zumindest bei den Wegen sind ca. 50% auf diese Verkehrsträger verteilt.) Und Großstädte wie Kopenhagen sind noch erfolgreicher, wie die ZEIT berichtet: "Mehr als die Hälfte der Einwohner fährt mit dem Rad zur Arbeit oder Schule! Vor allem, weil es schneller ist. Bei den Pendlern, die aus dem Umland in die Stadt fahren, liegt die Quote bei 37 Prozent. ..."

Das Fahrrad ist im Kommen - und mit dem E-Fahrrad werden auch hügelige Städte für das Fahrrad attraktiv. Und die Folgen sind und wären positiv: Bessere Luft, mehr Platz für Grünflächen, zum Aufenthalt und zur Begegnung in der Stadt und zum Spielen für Kinder, weniger Lärm und mehr Ruhe, also insgesamt weniger Stress und mehr Glück.

Erreichbar ist das sicher durch eine Rahmengesetzgebung, die es Städten erleichtert, Autos weitgehend aus den Innenstädten zu verbannen oder die Automobilnutzung entscheidend zu verteuern, Parkplätzen in Radwege umzuwandeln, preiswerten Wohnraum in Städten sicherzustellen, Fördermittel für alternative Infrastrukturen bereitzustellen. Über die Mittel will dieser Antrag aber nicht befinden - der richtige politische Weg ist sicher komplex. Aber ohne ein klares, provozierendes Ziel und eine Vision einer menschenfreundlichen Stadt wird uns der Wahlkampf für einen anderen Verkehr schwer fallen.